

Berlin

Stimmen aus der Türkei



TUSIAD

TS-BER/2014/24

IN DIESER AUSGABE:

**MULTILATERALE BEZIEHUNGEN
WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN
FIRMENNACHRICHTEN AUS DER TÜRKEI
ARTIKEL DES MONATS
EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN (aktualisiert)**

MITGLIED VON BUSINESS EUROPE

HAUPTSITZ: 74 Meşrutiyet Caddesi Tepebaşı 80050 Istanbul Türkei Tel.: 90 212 249 11 02 Fax: 90 212 249 09 13
ANKARA : 39/4 İran Caddesi Gaziosmanpaşa 06700 Ankara Türkei Tel.: 90 312 468 10 11 Fax: 90 312 428 86 76
EUROPÄISCHE UNION : 13 Avenue des Gaulois 1040 Brüssel Belgien Tel.: 32 2 736 40 47 Fax: 32 2 736 39 93
DEUTSCHLAND : 28 Märkisches Ufer 10179 Berlin Deutschland Tel.: 49 30 28 87 86 300 Fax: 49 30 28 87 86 399
FRANKREICH : 33 Rue de Galilée 75116 Paris Frankreich Tel.: 33 1 44 43 55 35 Fax: 33 1 44 43 55 46
U S A : 1250, 24th Street N.W. Suite#300 Washington DC 20037 USA Tel.: 1 202 776 7770 Fax: 1 202 776 7771
CHINA : Beijing Lufthansa Center, Office C-319 10016 Peking China Tel.: 86 10 6462 2066 Fax: 86 10 6462 3206
berlinoffice@tusiad.org www.tusiad.org

MULTILATERALE BEZIEHUNGEN

Türkei: EU-Staatschefs boykottieren Erdoğan's Amtseinführung

Die Regierungschefs und Staatsoberhäupter der EU werden der Amtseinführung des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan fern bleiben. Offenbar sind die EU-Politiker verärgert über Erdoğan's Russland-Politik. Erdoğan hat nach den Sanktionen eine deutliche Hinwendung zu Moskau vollzogen.

Am Donnerstag wird in Ankara die Amtseinführung des neuen Präsidenten der Türkischen Republik, Recep Tayyip Erdoğan, stattfinden. Insgesamt 20 Staatsoberhäupter werden der Zeremonie beiwohnen. Doch unter ihnen wird sich kein einziges Staatsoberhaupt aus den wichtigen EU-Staaten befinden. Auch der türkische Oppositions-Chef Kemal Kılıçdaroğlu will die Amtseinführung boykottieren. Aus Russland Außenminister Sergej Lawrow teilnehmen. Deutschland schickt lediglich Innenminister Thomas de Maizière. Für den Iran reist Außenminister Mohammad Javad Zarif nach Ankara. Die USA haben noch nicht entschieden, wer das Land vertreten wird.

Offenbar sind die EU-Staaten unzufrieden mit der Annäherung zwischen Russland und der Türkei. Die Architekten dieser neuen Partnerschaft sind Erdoğan und Putin. Beide sind unbeliebt innerhalb der EU. Doch bei ihren Völkern erfreuen sie sich größter Beliebtheit. Die Türkei hat die Handels-Sanktionen der EU gegen Russland nicht unterstützt. Stattdessen hat sich Russland dazu entschieden, künftig Obst und Gemüse aus der Türkei und nicht mehr aus der EU zu kaufen.

Erdoğan's Hilfe bietet Russland die Möglichkeit, den Schaden, der durch die Sanktionen entsteht, zu begrenzen. Zudem haben im Juli Moskau und Ankara beschlossen, beim bilateralen Handel den US-Dollar durch den Rubel und die Türkische Lira zu ersetzen. Während die Bindungen zwischen Russland und der Türkei enger werden, entfernen sich beide Staaten immer mehr von Europa.

[Internet-Link](#)

PKK nutzt Irak-Krieg: Kurden greifen türkische Militär-Stellungen an

Kämpfer der PKK haben am Mittwoch türkische Militärstellungen angegriffen. Ankara verfolgt die Aufrüstung der Kurden durch den Westen mit Sorge. Die territoriale Integrität der Türkei könnte gefährdet werden.

In der Nacht hat die kurdische Terror-Organisation PKK im Südosten der Türkei eine Stellung des türkischen Militärs angegriffen. Der bewaffnete Überfall fand in der Stadt Diyarbakir statt und richtete sich gegen die Kasernen der Soldaten. Die PKK benutzte Raketenwerfer und Maschinengewehre. Am Dienstag fand ebenfalls in der Südost-Türkei ein PKK-Hinterhalt auf ein Militär-Fahrzeug statt. Ein Soldat wurde getötet und ein weiterer verletzt. Anschließend flüchteten die PKK-Mitglieder über die Grenze in den Nordirak, meldet die Nachrichtenagentur Doğan. Das Washington Institute for Near East Policy berichtet, dass der Nordirak ein sicheres Rückzugs-Gebiet für die PKK ist. Zahlreiche Stellungen der Terror-Organisation befinden sich an der Grenze zur Türkei.

Zuvor hatte die deutsche Bundesregierung gemeldet, dass sie die Kurden im Nordirak mit Waffen beliefern möchte. Die Lieferungen könnten zu einer massiven Aufrüstung der kurdischen Separatisten führen. Es gibt keine Garantie dafür, dass die Waffen nicht in die Hände PKK gelangen. Dann würde der Nato-Bündnisfall eintreten. In solch einem Fall müsste sich die Bundesregierung auf die Seite der Türkei stellen. Die Feinde wären dann die Separatisten, die Deutschland zuvor aufgerüstet hatte. Die türkische Regierung hat in den vergangenen Jahren den Friedensprozess mit der PKK vorangetrieben. Dieser wird vom PKK-Chef Abdullah Öcalan unterstützt. Doch einige Kader der PKK sind strikt gegen den Prozess der Aussöhnung. Sie wollen den bewaffneten Kampf fortführen.

Der türkische Innenminister Efkân Ala sagte, dass die derzeitigen Angriffe der PKK reine Provokationen seien. Es gebe auf der internationalen Bühne Staaten, die Kurden und Türken gegeneinander aufbringen wollen. Der Aussöhnungsprozess werde sabotiert. Doch dieser werde unter keinen Umständen unterbrochen. Die Türkei habe 30 Jahre lang mit dem bewaffneten Kampf gegen den Terrorismus seine Kräfte vergeudet. Damit sei endgültig Schluss. [Internet-Link](#)

Waffen für Kurden: Türkei stoppt Transall-Flugzeuge der Bundeswehr

Die Türkei ist irritiert über die geplanten deutschen Waffenlieferungen an die Kurden: Nach Ansicht Ankaras könnten die Waffen in die Hände der immer noch als Terror-Organisation eingestuft PKK gelangen. Die Türkei stoppte am Mittwoch vorübergehend drei Transall-Flugzeuge auf ihrem Flug in den Nordirak. Die Türken wollten die Maschinen nicht auf dem Nato-Stützpunkt in Incirlik haben. Die Türkei vollzieht seit einiger Zeit eine Annäherung an Russland.

Die kurdische Separatisten-Organisation PKK wurde in Europa und in den USA bisher als terroristische Vereinigung eingestuft. Doch derzeit nimmt der Westen eine Neubewertung der Separatisten vor. Die USA liefern Waffen an die PKK und unterstützen sie in ihrem Kampf gegen die Mitglieder der Organisation „Islamischer Staat“. Die Terroristen der PKK erhalten also Unterstützung von den USA, um islamistische Terroristen im Irak auszuschalten, berichtet die Washington Post. Deutschland will den Kurden im Nordirak Waffen liefern, um sie in ihrem Kampf gegen die radikalen Islamisten zu unterstützen. „Wir sind bereit, so bald wie möglich auch solche Hilfe für die Kurden auf den Weg zu bringen“, sagte Außenminister Frank-Walter Steinmeier am Mittwoch in Berlin. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ergänzte: „Isis muss gestoppt werden, und den Menschen muss geholfen werden.“ Binnen einer Woche solle nun geprüft werden, welche Waffen für die Kurden zweckmäßig seien, nur eine kurze Einweisung brauchten und in Bundeswehrbeständen zur Verfügung stünden. Dann werde die Bundesregierung in enger Abstimmung mit den europäischen und internationalen Partnern über weitere Schritte entscheiden. Vor Deutschland hatten sich in Europa bereits Großbritannien, Frankreich und Italien zu Waffenlieferungen an die Kurden bereit erklärt. Die Minister gingen nicht darauf ein, welche Rüstungsgüter konkret den Peschmerga-Kämpfer im Nordirak übergeben werden könnten. Die Kurden hatten zuletzt aber vor allem auf panzerbrechende Waffen gedrungen. Die Extremisten-Miliz Islamischer Staat, die sich zuvor Isis nannte, hat von der irakischen Armee gepanzerte Fahrzeuge erbeutet, für deren Bekämpfung Kleinwaffen wie Sturmgewehre nicht ausreichen.

Es wird daher spekuliert, die Bundeswehr könnte den Peschmerga Panzerabwehr-Raketen des Typs Milan überlassen, von denen noch aus den Zeiten des Kalten Krieges große Bestände in den Depots der Streitkräfte lagern. Die Raketen stehen teilweise vor dem Ende ihrer militärischen Lebensdauer und brauchen nach Aussage von Militärexperten nur eine etwa einwöchige Einweisung. Es handelt sich um Hightech-Waffen, die die Radpanzer der Islamisten bekämpfen könnten. Sie ließen sich aber auch gegen eine modern ausgerüstete westliche Armee einsetzen, was in Zukunft zu einem Problem werden könnte. Spekuliert wird daneben auch über Maschinengewehre und Geländewagen aus Bundeswehrbeständen. Zudem erwägt die Bundesregierung nach eigenen Angaben die Lieferung robuster Fahrzeuge wie Unimogs. Doch das Wort „Kurdistan“ löst vor allem bei Türken große Irritationen aus. Denn die von den kurdischen Separatisten geforderten Gebiete schließen einen Großteil der Ost-Türkei ein. Steinmeier weiß, dass er mit seinen Worten den Kurden-Separatismus im Osten der Türkei anspricht. Doch auch in Deutschland gilt die PKK als Terrororganisation, meldet das Bundesamt für Verfassungsschutz. Sie nutzt Deutschland als Rückzugs-Gebiet und verfügt über ein dichtes Netzwerk. Deutschland gilt als „Wirtschafts-Zentrum“ der PKK. Das Netzwerk finanziert sich über Erpressung, Drogenhandel und Geldwäsche. Prompt hat die PKK die neue geopolitische Lage genutzt und die Türkei im Süden angegriffen. Die Nato könnte zwischen die Fronten geraten.

Deutsche Waffenlieferungen könnten zu einer massiven Aufrüstung der kurdischen Separatisten führen. Allerdings gibt es keine Garantie dafür, dass die PKK die Waffen aus Deutschland nicht auch gegen den deutschen Nato-Partner Türkei einsetzt. Dann würde der Nato-Bündnisfall eintreten. In solch einem Fall müsste sich die Bundesregierung auf die Seite der Türkei stellen. Die Feinde wären dann die Separatisten, die Deutschland zuvor aufgerüstet hatte. Ein Sprecher des Bundesverteidigungs-Ministeriums sagte den Deutschen Wirtschafts Nachrichten, dass der Umfang der Waffenlieferungen noch nicht fest stehe. Es gebe ein internes Prüfungspapier, wo die verfügbaren Materialien aufgelistet sind. Ein Teil der Materialien sei nicht mehr brauchbar. Seit dem 15. August unterstützt die Bundesregierung die Kurden im Nordirak mit humanitärer Hilfe. Am Wochenende wurde 36 Tonnen an Lebensmitteln und Sanitätsmaterialien in den Nordirak geflogen. Am Mittwoch

kamen die Hilfslieferungen ins Stocken. Drei Transall-Flugzeuge mit 20 Tonnen an Gütern sollten auf dem türkischen Nato-Stützpunkt in Incirlik einen Zwischenstopp machen. Doch die Türkei verweigerte Deutschland die Lande-Erlaubnis. Die Bundesregierung musste den Flug verschieben, berichtet der Deutschlandfunk. Die einzureichenden Dokumente sollen unvollständig gewesen sein. Doch am selben Tag gab die Türkei grünes Licht für weitere Flüge in Richtung Nordirak. Ankara beäugt die Transporte mit Argwohn. Sie fürchtet, dass die Bundesregierung die PKK versorgen und bewaffnen will. Doch die Türken verhalten sich wie in der aktuellen Spionage-Affäre auffällig ruhig. Allerdings hatte Premier Erdogan in den vergangenen Wochen eine Abkehr von den USA vollzogen – und versucht, sich mit den Russen zu verbinden. Dies könnte ein erhebliches Dilemma für die Nato bedeuten.

In den vergangenen Jahren hatte die Türkei immer wieder Stellungen der PKK im Nordirak bombardiert. Die Organisation verlangt seit 1978 einen unabhängigen Kurden-Staat. Sie erhebt territoriale Ansprüche auf die Türkei, Syrien, den Iran und den Irak. [Internet-Link](#)

Erdogan will „Pfad zur EU entschiedener fortsetzen“

Recep Tayyip Erdogan ist als neuer Präsident der Türkei vereidigt worden. Er kündigte an, dass zu den weiteren Schwerpunkten seiner Politik der EU-Beitritt und der Friedensprozess im Konflikt mit den Kurden. [Internet-Link](#)

Neuer türkischer Regierungschef will Kontinuität

Ahmet Davutoglu setzt bei der Regierungsbildung auf Kontinuität und belässt den Wirtschafts- und Finanzminister im Amt. Der frühere Außenminister Davutoglu gilt als enger Vertrauter Erdogans. Der neue türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu setzt bei der Zusammensetzung seiner Regierungsmannschaft auf Kontinuität. In dem am Freitag vorgestellten Kabinett wird weiterhin Mehmet Simsek das Finanzressort führen. Auch Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci bleibt im Amt. Die beiden hatten das Schwellenland zuletzt durch eine schwierige wirtschaftliche Phase gesteuert, in der massive Kapitalflucht einsetzte und die Landeswährung unter Druck geriet. Die Regierungsneubildung war nötig geworden, da der bisherige Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan ins Präsidentenamt gewechselt ist. Der frühere Außenminister Davutoglu gilt aber als enger Vertrauter Erdogans, dem Kritiker einen zunehmend autokratischen Regierungsstil vorwarfen. Erdogan will das weitgehend mit zeremoniellen Funktionen ausgestattete höchste Staatsamt zum eigentlichen politischen Machtzentrum in der Türkei machen. Sein enger Berater Yalcin Akdogan wird künftig einer der Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Auf einem weiteren Vizeposten bleibt der Wirtschaftsfachmann Ali Babacan. Neuer Außenminister wird der Diplomat Mevlüt Cavusoglu, der bislang für Europafragen zuständig war. [Internet-Link](#)

Türkischer Außenminister beschwert sich bei Steinmeier

Die mutmaßliche BND-Bespitzelung der Türkei verärgert Ankara. Außenminister Davutoglu hat seinen Amtskollegen Steinmeier persönlich angerufen. Die Geheimdienstchefs beider Länder sollen sich in Kürze treffen.

Die Affäre um die angebliche Ausspähung der Türkei durch den Bundesnachrichtendienst (BND) beschäftigt jetzt auch die Außenminister beider Länder. Nachdem bereits am Montagmorgen der deutsche Botschafter in Ankara zu einem Gespräch ins dortige Außenministerium gebeten worden war, meldete sich der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu am Montagabend telefonisch bei seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier (SPD). Regierungskreise in Berlin bestätigten Handelsblatt Online, es habe am Montagabend „ein längeres Gespräch“ zwischen Steinmeier und Davutoglu gegeben. Es sei dabei auch um regionale Krisenlagen im Irak und Syrien gegangen. Die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete unter Berufung auf diplomatische Kreise in Ankara, Davutoglu habe persönlich die Verärgerung seiner Regierung über den Fall zum Ausdruck bringen wollen. Die beiden Minister seien übereingekommen, dass die Chefs

des BND und des türkischen Geheimdienstes MIT „so bald wie möglich“ zusammentreffen sollen, um die Affäre aufzuklären. In dem Telefonat habe Davutoglu seinem deutschen Kollegen gesagt, es widerspreche dem Geist einer Allianz, wenn man einen Nato-Verbündeten zum Ziel geheimdienstlicher Aktivitäten mache, berichtete Anadolu. Dies könne die Türkei nicht hinnehmen. Bereits vor seinem Anruf bei Steinmeier hatte sich Davutoglu in der nordosttürkischen Stadt Artvin kritisch zu der Affäre geäußert: „Es gibt Grundprinzipien in den internationalen Beziehungen, mit denen man sehr sorgfältig umgehen sollte, vor allem zwischen verbündeten Ländern“, sagte Davutoglu vor Reportern. Wenn sich die Berichte über die Ausspähung der Türkei als wahr herausstellen sollten, sei das „absolut inakzeptabel“. „So etwas ist völlig unentschuldig. Wir stehen vor einer Situation, die dringend der Erklärung bedarf. Wir haben ein unbestreitbares Recht auf Antworten, und zwar so schnell wie möglich“, erklärte Davutoglu. [Internet-Link](#)

Türkei bestellt deutschen Botschafter ein

Das türkische Außenministerium hat am Montag nach Angaben eines Sprechers den deutschen Botschafter wegen eines Berichts über eine Ausspähung des Landes einbestellt. Die türkische Regierung äußerte sich verhalten zum Vorfall. [Internet-Link](#)

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN

Türkei will mit Notenbank Wachstum anschieben

Die Türkei will das Wachstum mithilfe der Zentralbank anschieben. Die Notenbank werde ihre geldpolitischen Entscheidungen dabei wie bisher unabhängig treffen, betonte der neue Regierungschef Ahmet Davutoglu.

Die neue türkische Regierung will das Land Hand in Hand mit der Zentralbank auf Wachstum trimmen. Die Notenbank werde auch zur Stärkung des Arbeitsmarktes beitragen, hieß es am Montag auf der Internet-Seite des neuen Regierungschefs Ahmet Davutoglu. Das Ziel der Preisstabilität dürfe dabei allerdings nicht gefährdet sein. Die Notenbank werde ihre geldpolitischen Entscheidungen wie bisher unabhängig treffen, betonte der neue Regierungschef. Die Vorgänger-Regierung unter dem inzwischen ins Präsidentenamt gewechselten Recep Tayyip Erdogan hatte die Zentralbank immer wieder gedrängt, zum Ankurbeln der Wirtschaft die Zinsen stärker zu senken. Davutoglu gilt als loyaler Gefolgsmann Erdogans. Die Inflationsrate liegt derzeit mit mehr als neun Prozent weit über dem Ziel der Notenbank.

Die Zentralbank hatte sich Anfang des Jahres mit einer kräftigen geldpolitischen Straffung gegen den Kursverfall der heimischen Währung Lira gestemmt. Später senkten die Währungshüter um Notenbankchef Erdem Basci den Schlüsselzins in mehreren Schritten auf nunmehr 8,25 Prozent - ein Niveau, das die Regierung für zu hoch hält. Die türkische Wirtschaft war 2013 um vier Prozent gewachsen. Dieses Jahr soll sie nach den Plänen der Regierung trotz Kapitalflucht im gleichem Tempo zulegen. [Internet-Link](#)

Türkei profitiert von Russlandsanktionen

Während deutsche und osteuropäische Landwirte Verluste fürchten, bringen die EU-Sanktionen gegen Russland anderen Zugewinne: Türkische Unternehmen spüren erhöhte Nachfrage aus Russland – und wollen sie gern bedienen.

Die türkischen Exporteure profitieren vom russischen Einfuhrverbot für Lebensmittel aus der Europäischen Union und den USA. „Die Nachfrage aus Russland nach türkischen Produkten zog an, nachdem die Beschränkungen im Handel mit den USA und der EU verhängt wurden“, sagte der Chef des Außenhandelsverbands, Mehmet Buyukeksi, am Dienstag der Nachrichtenagentur Reuters. Kommende Woche werde eine russische Delegation in der Türkei erwartet. Sein Verband arbeite bereits eng mit dem Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium zusammen, um Exporte nach Russland zu erleichtern, sagte Buyukeksi. Besonders die Nachfrage nach Geflügel und Meeresfrüchten dürfte deutlich steigen, doch könne die Türkei auch mehr Obst und Gemüse liefern.

Als Reaktion auf die Wirtschaftssanktionen der EU und der USA wegen der Ukraine-Krise hat Russland ein Importverbot für Obst, Gemüse, Fleisch und Milchprodukte aus dem Westen verhängt. Auch Norwegen, Kanada und Australien sind davon betroffen. [Internet-Link](#)

Erdogan-Wahl macht Investoren schlechte Laune

Erdogans Sieg bei der Präsidentschaftswahl in der Türkei macht die Finanzmärkte unruhig. Die Ratingagentur Fitch warnte vor risikoreichem politischen Umfeld, das auch für die Wirtschaft des Landes gefährlich sein könnte.

Die Ratingagentur Fitch sieht nach dem Gewinn der Präsidentschaftswahl durch Recep Tayyip Erdogan wirtschaftliche Gefahren für die Türkei. Das politische Umfeld bleibe im Fokus und könnte auch die Stimmung der Investoren eintrüben, erklärte Fitch am Montag. Ein Grund dafür sei das Vorhaben von Erdogan, das Amt des Präsidenten mit neuen Befugnissen auszustatten. Bislang hatte es eher repräsentative Aufgaben. Die Bonitätsnote, die mit „BBB-“ gerade noch eine gute Kreditqualität signalisiert, tastete Fitch nicht an. Die Agentur warnte jedoch vor einer Herabstufung. Die Wahl am Sonntag war die erste direkte in der Türkei, wo das Staatsoberhaupt bislang vom Parlament bestimmt wurde. Erdogan - seit elf Jahren Ministerpräsident des Landes - sicherte sich im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Die Kontinuität bedeute in diesem Fall aber nicht, dass damit auch politische und soziale Unruhen aus dem Weg geräumt würden, so Fitch. Das hätten die Proteste von Regierungsgegnern im vergangenen Jahr sowie der Korruptionsskandal um Erdogan gezeigt. Auch bliebe der Druck auf die Zentralbank des Landes hoch, die Zinsen zu senken. Sollte die Notenbank den Forderungen Erdogans nachgeben, könnte dies die ohnehin dürftige Glaubwürdigkeit der Währungshüter weiter belasten. Zudem liefe die Türkei Gefahr, sehr schnell in Mitleidenschaft von Stimmungsänderungen bei Investoren gezogen zu werden.

Die Notenbank des Schwellenlandes hatte sich Ende Januar mit einer kräftigen geldpolitischen Straffung gegen den Kursverfall der heimischen Währung Lira gestemmt. Sie hob den Leitzins damals auf 10,0 von 4,5 Prozent an. Seither hat sie ihn in mehreren Schritten auf nun 8,25 Prozent gesenkt. Mit 9,32 Prozent liegt die Inflationsrate derzeit weit höher, als den Notenbankern lieb sein kann.

[Internet-Link](#)

Sanktionen: Türkei will mehr Obst und Gemüse an Russland liefern

Der türkische Premier Erdogan will die türkischen Lebensmittel-Exporte nach Russland steigern. Erdogan kann sich damit an den Amerikanern rächen, die er seinerzeit beschuldigt hatte, hinter den Unruhen in der Türkei zu stecken. Misslicher Nebeneffekt für den Westen: Die Türkei ist Nato-Mitglied und müsste eigentlich mit den USA mitziehen.

Die Türkei und Ägypten sollen vom russischen Einfuhrverbot für Lebensmittel aus der Europäischen Union und den USA profitieren. „Die Nachfrage aus Russland nach türkischen Produkten hat angezogen, seit die Beschränkungen im Handel mit den USA und der EU gelten“, sagte der Chef des türkischen Außenhandelsverbands, Mehmet Büyükeksi, der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag. In der kommenden Woche werde eine russische Delegation in der Türkei erwartet. Präsident Wladimir Putin und sein ägyptischer Kollege Abdel Fattah al-Sissi vereinbarten zudem engere Handelsbeziehungen im Lebensmittelbereich. Ägypten werde seine Agrarexporte nach Russland in naher Zukunft um 30 Prozent erhöhen, sagte Putin nach einem Treffen mit Sissi in Sotschi.

Russland hat als Reaktion auf Wirtschaftssanktionen der EU und der USA wegen der Ukraine-Krise ein Importverbot für Obst, Gemüse, Fleisch und Milchprodukte aus dem Westen verhängt. Auch Norwegen, Kanada und Australien sind davon betroffen. Für die wegfallenden Importe sollen Schwellenländer wie die Türkei und Ägypten, aber auch Brasilien einspringen. Nach Angaben des russischen Landwirtschaftsministers Nikolai Fjodorow kann allein Ägypten künftig etwa die Hälfte der bisher aus den USA und den EU-Staaten importierten Mengen an Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch und Orangen liefern. Zudem hätten russische Behörden in den vergangenen Tagen etwa 100 brasilianischen Lebensmittelhändlern Einfuhrgenehmigungen erteilt.

Der türkische Außenhandelsverband arbeitet bereits eng mit den Behörden zusammen, um Exporte nach Russland weiter zu erleichtern. Besonders die Nachfrage nach Geflügel und Meeresfrüchten dürfte deutlich steigen, doch könne die Türkei auch mehr Obst und Gemüse nach Russland liefern, erklärte Büyükeksi weit. [Internet-Link](#)

Erdogan-Effekt verpufft an Istanbuler Börse

Der Sieg des bisherigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan bei der Präsidentenwahl in der Türkei hat der Istanbuler Börse am Montag einen Schub gegeben - allerdings nur kurzzeitig.

Der Leitindex "ISE National" (Istanbul Stock Exchange National) stieg im frühen Handel um bis zu 1,6 Prozent. Gegen Mittag notierte der türkische Leitindex allerdings wieder 1,1 Prozent im Minus. Die türkische Währung konnte ihre Anfangsgewinne ebenfalls nicht halten. Ein Dollar stieg um 0,4 Prozent auf 2,1545 Lira, nachdem er zuvor auf ein Zwei-Wochen-Tief von 2,1165 Lira gefallen war. "Wir gehen davon aus, dass die Behörden Schwierigkeiten haben werden, die Wachstumsraten, an die sich die Bevölkerung gewöhnt hat, aufrechtzuerhalten", schrieb Gillian Edgeworth, Chef-Volkswirt für Europa, den Nahen Osten und Afrika bei der UniCredit. Dadurch wachse der Druck auf die Notenbank, den Leitzins weiter zu senken. Die jüngsten Forderungen von Regierungsmitgliedern, die Geldpolitik schneller zu lockern, um damit die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen, nährten zudem Zweifel an der Unabhängigkeit der Zentralbank.

Börsianer kritisierten auch Erdogans Plan, die bislang weitgehend auf Repräsentation beschränkten Befugnisse des Präsidentenamts auszuweiten. "Sollte dies passieren, könnte sein Wahlsieg zu einem aggressiveren und unvorhersehbaren politischen Umfeld führen", warnte Volkswirt William Jackson von Capital Economics. Dies könnte Anleger von Investitionen in der Türkei abschrecken. Ähnlich argumentierten die Experten der Ratingagentur Fitch. Sie drohten, der Türkei die Bonitätsnote "BBB minus", die gerade noch eine gute Kreditqualität signalisiert, zu entziehen. [Internet-Link](#)

FIRMENNACHRICHTEN

Schoko-Liebhaber müssen steigende Preise fürchten



Die Haselnussernte in der Türkei fällt schlecht aus. Nutella könnte bald anders schmecken. Und teurer werden.

Wenn Nutella demnächst teurer wird oder plötzlich anders schmeckt, liegt es an den Haselnüssen. Denn die diesjährige Haselnussernte fällt ausgerechnet in der Türkei aller Voraussicht nach mager aus, dem weltgrößten Produzenten und Exporteur von Haselnüssen. Sinkt das Angebot, steigen die Preise - und das könnten letztlich auch die Verbraucher zu spüren bekommen. Unwetter, Frost und Hagel - das Frühjahr an der türkischen Schwarzmeerküste bot diesmal alles andere als ideale Bedingungen für den Haselnuss-Anbau. In den vier Provinzen Giresun, Trabzon, Rize und Ordu, die als das Herz der türkischen Haselnuss-Produktion gelten, zerstörte das schlechte Wetter einen Teil der Ernte. Während die Türken als größte Haselnussproduzenten der Welt im vergangenen Jahr noch mehr als 500.000 Tonnen der Nüsse ernteten, sieht es in diesem Jahr mau aus. Für 2014 rechnen die türkischen Landwirtschaftskammern nur mit rund 370.000 Tonnen.

Preis für Haselnüsse schon um mehr als 80 Prozent gestiegen

Schon die Erwartung, dass das Angebot schrumpft, ließ den Preis für Haselnüsse in die Höhe schießen. Im vergangenen Jahr sei ein Kilo für etwa sechs Lira zu haben gewesen, etwas mehr als zwei Euro, sagt der Chef einer Haselnuss-Fabrik in Ordu, Nejat Yurur. Inzwischen liege der Preis bei elf Lira - ein Plus von mehr als 80 Prozent. Das trifft in allererster Linie die Süßwarenhersteller. „Alle ins Ausland verkaufte Haselnüsse aus der Türkei werden von der Schokoladen-Industrie verwendet“, betont Ilyas Edip Sevinc, Präsident des Verbands der Exporteure an der Schwarzmeerküste. Die Hälfte der Lieferungen gehen nach Deutschland und Italien, wo der Süßwarenhersteller Ferrero seinen Sitz hat. Nutella beispielsweise, der Verkaufsschlager von Ferrero, besteht zu 13 Prozent aus

Haselnüssen. Für das Unternehmen ist die Haselnuss einer der „wichtigsten Rohstoffe“. Im Juli gab der Konzern deshalb den Kauf des türkischen Familienunternehmens Oltan bekannt - das laut Ferrero „weltweit führende Unternehmen in den Bereichen Beschaffung, Verarbeitung und Vermarktung von Haselnüssen“.

Ferrero äußert sich nicht

Der Süßwarenhersteller äußerte sich bislang nicht dazu, ob ein steigender Haselnuss-Preis auch die Verkaufspreise für seine Produkte in die Höhe treiben könnte. Haselnüsse sind unter anderem auch in Ferrero Rocher und Hanuta enthalten, nicht nur in Nutella. Angesichts der schlechten Ernte-Aussichten in der Türkei überlegt der Nutella-Hersteller laut Presseberichten nun, mehr Nüsse aus dem US-Bundesstaat Oregon zu kaufen. Das werde jedoch den Geschmack der Schoko-Nuss-Creme verändern, warnte die türkische Zeitung „Milliyet“. Die Rezeptur der Nuss-Nugat-Creme ist bis heute streng geheim. Bekannt ist aber, dass vor etwas mehr als 50 Jahren der Konditorsohn Michele Ferrero die Haselnüsse in seinem Aufstrich eher als Notlösung verwendete. Er mischte sie unter, um nicht zu viel Geld für Schokolade ausgeben zu müssen. Im April 1964 war so der erste Pott Nutella-Creme geboren. [Internet-Link](#)

Nach Streit mit Erdoğan: Chefredakteur von Hürriyet tritt zurück



Der Chefredakteur der türkischen Zeitung Hürriyet ist zurückgetreten. Zuvor hatte Premierminister Recep Tayyip Erdoğan der Zeitung Islam-Feindlichkeit vorgeworfen. Nach Angaben des Chefredakteurs soll der Streit mit Erdoğan nicht der Grund für seinen Rücktritt sein. Kritiker werfen Erdoğan vor, dass er die Meinungs- und Pressefreiheit einschränke.

Der Chefredakteur der türkischen Zeitung „Hürriyet“, Enis Berberoğlu, ist vor der Präsidentenwahl zurückgetreten. Vorausgegangen war scharfe Kritik von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan – der haushohe Favorit der Wahl – am Doğan-Verlag, dem das Blatt gehört. Die Zeitung wies Spekulationen zurück, Berberoğlu habe wegen Drucks der Regierung am Freitag seinen Posten geräumt. Vielmehr habe er sich aus eigenem Antrieb dazu entschieden und den Schritt noch vor der Abstimmung angekündigt, „damit dem keine politische Bedeutung beigemessen wird“. Eine Stellungnahme von Berberoğlu selbst gab es zunächst nicht.

Erdoğan hat den Doğan-Verlag wiederholt angegriffen. Bei einer Wahlveranstaltung warf er der Mediengruppe vor, über einen ihrer Fernsehsender Islam-feindliche Kommentare verbreitet zu haben. Zudem ergreife sie in ihrer Berichterstattung über den Konflikt im Gazastreifen Partei für Israel. Kritiker werfen Erdoğan vor, als Regierungschef die Meinungs- und Pressefreiheit eingeschränkt zu haben. Er weist dies zurück. Der Axel Springer Verlag unterhält eine strategische Partnerschaft mit dem Doğan-Verlag. Der deutsche Verlag hält 17,27 Prozent aller Anteile an Doğan TV. Des weiteren wird der Axel Springer Verlag ab 2015 seine Beteiligung an der gesamten Doğan Yayın Holding auf 29 Prozent erhöhen. Der Vorsitzende der Doğan-Holding ist der Medienunternehmer Aydın Doğan. [Internet-Link](#)

ARTIKEL DES MONATS

Don Erdogan und Sancho Davutoglu



Von Boris Kálnoky
Die Welt, 28.08.2014

Die Feierlichkeiten zur Amtseinführung des direkt gewählten türkischen Präsidenten verraten viel über Erdogans "neue Türkei". Er will lieber von Somaliern bewundert als vom Westen respektiert werden.

Ganz großes Kino bot die türkische Regierung dem Volk, als Recep Tayyip Erdogan als erster direkt gewählter Präsident der Türkei eingeschworen wurde und sein Nachfolger, der bisherige Außenminister Ahmet Davutoglu, das Ministerpräsidentenamt und die Parteispitze übernahm. Es war kein Machtwechsel, denn die Macht wechselte nicht. Sie bleibt bei Erdogan. Sorgfältig wurde diese Kontinuität für die Kameras inszeniert. Erdogan und Davutoglu erschienen Seite an Seite, wie Zwillinge gekleidet. Ihre Ehefrauen begleiteten sie in Weiß mit dickem Kopftuch. Erdogan aber, hochgewachsen, dominant und machtbewusster Blick, ließ keinen Zweifel daran, wer hier wirklich die Macht in Händen hält. Daneben der klein gewachsene Davutoglu, die Krawatte im etwas blässeren, unterwürfigeren Rot als Erdogans, im Gesicht ein permanentes Grinsen wie ein strebhafter Schuljunge, der gerade zum Klassenbesten erklärt wurde. "Mein Präsident", so nannte er Erdogan ein ums andere Mal, dankbar zu ihm aufblickend. Und Erdogan versicherte, dass er Davutoglu mit seiner schweren Aufgabe als Regierungschef nicht allein lassen, sondern ihm immer helfen werde. Was alle Beobachter in etwa so übersetzten: Wage es nicht, etwas ohne meine Erlaubnis zu tun.

Zurück in die Zukunft des Osmanischen Reiches

Davutoglu als Erdogans Sancho Panza, so ungefähr wirkte das Schauspiel. Ein übereifriges Helden-Duo das sich auf den Weg macht, gegen unsichtbare Feinde zu kämpfen, für die Ehre der Nation. Und um Werte zu verteidigen, die vor 100 Jahren noch fast auf der Höhe der Zeit waren. Davutoglu sprach von der AKP-Herrschaft als "Ende des Interregnums", und für jene, die meinten, ihren Ohren nicht trauen zu können, bestätigte die als Regierungsorgan geltende Zeitung "Yeni Safak", dass Davutoglu tatsächlich das meinte, was er sagte: Eine moderne Rückkehr zu den guten alten Zeiten des Osmanischen Reiches. Das heißt nicht, dass das Kalifat wieder eingeführt wird. Es heißt aber sehr wohl, dass die Begeisterung, mit der viele Türken Erdogan als modernen mächtigen "Sultan" feiern, eine Rückkehr zu einer Weltsicht offenbart, in der das Wohl des Volkes von einem starken, rechtschaffenen und Gott gefälligen Führer abhängt. Es heißt auch, dass die Islamisierung der Gesellschaft über das Bildungssystem voranschreiten wird. Und dass außenpolitisch Davutoglus und Erdogans Politik fortgeführt werden wird, geopolitisch mindestens so viel Gewicht zu erreichen, wie es das Osmanische Reich einst hatte. Eine EU-Mitgliedschaft nach türkischen Bedingungen passt durchaus dazu, aber eher als ein Schritt auf dem Weg zu größerer türkischer Macht in der Welt.

EU-Mitgliedschaft nur nach türkischen Bedingungen

Der Platz der Türkei in der Welt sollte ein möglichst vornehmer sein, das ist die Vision Erdogans. Mit dieser Vision hat er bereits jetzt einen prominenten Platz in der modernen Geschichte der Türkei errungen. Aber vorerst muss sich die Türkei mit ihrem heutigen Platz in der Welt begnügen. Und der sah zunächst so aus, dass allerlei zweit- und drittrangige Länder – von Albanien über Benin bis hin zu Somalia – Staats- oder Regierungschefs zu Erdogans Vereidigung entsandten, die USA aber in eisiger Ablehnung nur den Chargé d'Affaires der Botschaft in Ankara. Im Parlament selbst trat Erdogan seine Präsidentschaft vor einem halb leeren Haus an. Die Opposition verließ den Saal vor dem Amtseid. Es ist eine Art Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, die zurzeit in der Türkei herrscht, eine vergangenheitsschwangere, osmanische Renaissance und zugleich ein wirtschaftlicher Modernisierungsschub. Kühne Zukunftsträume und eine bescheidenere Gegenwart. Wunsch nach grenzübergreifender Macht bei gleichzeitiger Unfähigkeit, in der Region wirklich Macht auszuüben.

Die Türkei in der politischen Pubertät

Es mutet an wie politische Pubertät, ein Übergang von einem Stadium ins nächste, voll überschüssiger Gefühlsfülle und mit ungewissem Ausgang. Es gibt gute Anzeichen. Der armenische Außenminister war bei Erdogans Vereidigung anwesend, und die erste Reise des frischgebackenen Präsidenten soll nach Zypern führen. Vielleicht will Erdogan für zwei eingefrorene Konflikte, die eine weitere Westintegration der Türkei behindern, Lösungen suchen. Auch mit den Kurden der Türkei und

in den Nachbarländern sucht der neue Präsident offenbar einen tragfähigen Kompromiss. Das wäre gut. Aber Vorbild bei alledem ist nicht der Westen, sondern eine Vorstellung alter osmanischer "Harmonie", so wie Erdogan und Davutoglu sie sich vorstellen. Und diese Harmonie scheint gleichbedeutend zu sein mit türkischer Hegemonie. [Internet-Link](#)

EUROPÄISCHE UNION – TÜRKEI HAUPTDATEN

- Bevölkerungsanzahl beträgt 76,7 Mil. : - ein Haushalt besteht aus 4,1 Personen (*abnehmender Trend*)
 - \pm 24% unter 15 Jahre alt (*abnehmender Trend*)
 - 91% städtische Bevölkerung (*zunehmender Trend*)
 - stabile Bevölkerungszahl bei 85 Millionen Menschen im Jahr 2030
- BIP 2011 : 595 Milliarden € (KKP) ☐ BSP Wachstumsrate 2011 : 8,5 %
- BIP 2012 : 616 Milliarden € (KKP) ☐ BSP Wachstumsrate 2013/1 : 3 %
- Rang 16 der weltweit größten Ökonomien (KKP) ► Mitglied bei G20
- Wichtige Handelspartner : * EU : 38,5 % (die Türkei ist der siebtgrößte Handelspartner der EU)
 - * Russland : 7,9% * USA : 4,5%
 - Türkische Exporte in die EU – Januar- November 2013: € 43,7 Mrd.
 - Türkische Importe aus der EU – Januar- November 2013: € 63,4 Mrd.
 - Handelsdefizit mit der EU – Januar- November 2013: € 19,6 Mrd.
- Industrieproduktion : 30 % des BSP (Dienstleistungen : 60% ; Landwirtschaft : 10%)
- Industriegüter : **95 %** der Exporte (Automobilindustrie, Textilien, Elektronik, Stahl, Nahrungsmittel, Haushaltsgeräte ...)

[Die Türkei ist in der Welt :](#)

[Die Türkei ist in Europa :](#)

- sechstgrößter Zementexporteur
- zweitgrößter Glasproduzent
- größter Hersteller von Bor
- zweitgrößter Schmuckexporteur
- sechstgrößter Textilexporteur
- sechstgrößter Hersteller von Industriemaschinen
- größter Hersteller von TV Apparaten
- größter Hersteller von Aurocar/Bus
- drittgrößter Hersteller von Keramikfliesen
- viergrößter Telekom-Markt
- zweitgrößter Hersteller Baumaterialien
- viergrößter Hersteller Automobilindustrie
- drittgrößter Produzent von Eisen&Stahl
- sechstgrößter Kühlschrankhersteller
- drittgrößter Yachthersteller
- achtgrößter Schiffsbauer

und auch: **an Artenvielfalt reichstes Land und größter Entwicklungsmarkt**

- **Nettobetrag ausländischen Kapitals :** € 12,5 Mrd in 2008|€ 5,5 Mrd in 2009|€ 6,9 Mrd in 2010|€ 12,3 Mrd in 2011|€ 9,4 Mrd in 2012|€ 7,6 Mrd zwischen Januar- November 2013

Ungefähr 36.450 ausländische Investitionsfirmen arbeiten in der Türkei. Etwa ein Drittel der Banken und ein Viertel der 500 größten Firmen in der Türkei sind im Besitz ausländischer Eigner. Türkische Direktinvestitionen in mehr als 100 Ländern ständig erhöht (€ 2,3 Milliarden im Jahr 2007). Die Körperschaftssteuer beträgt 20 %.

- **Schnell wachsende Informationsgesellschaft :** Etwa 30% Steigerung von PCs zwischen 2005 und 2010
 22 türkische Firmen/die 500 besten IKT-Firmen in der EMEA Region
 + 69 Millionen GSM-Abonnenten
 + 40 Millionen Internet-Nutzer, erwartete 54,6 Millionen in 2014
 + 40 TV-Kanäle auf nationaler und 250 auf lokaler Ebene
 → Ausbau des e-governments

Tourismus : Istanbul war EUROPÄISCHE KULTURHAUPTSTADT – 2010, weltweit sechstbeliebtestes Reiseziel, 35 Millionen Touristen im Jahr 2013.

► REFORMEN :

Verfassungsrechtliche und institutionelle Reformen angesichts der zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien

Ausgeweitete Gleichheitsrechte der Geschlechter im staatsbürgerlichen Gesetzbuch

Abschaffung der Todesstrafe, neues Strafgesetzbuch

Sendungen und Unterricht in Regionalsprachen, Meinungs- und Vereinsfreiheit

Wettbewerbspolitik, Sicherung geistiger und industrieller Eigentumsrechte

Internationale Beurkundungs-, Geschäftsberichts- und Akkreditierungsstandards sowie internationale

Schiedsgerichtsbarkeit

Soziale Sicherheit, Arbeitslosenversicherung, regionale Entwicklungsagenturen

Innerer und äußerer Veredlungsverkehr, Kontroll- und Quotenverwaltung

Unabhängige Zentralbank, Steuerverwaltung, bankrechtliche Bestimmungen und Aufsicht, Liberalisierung des Telekommunikationsmarkts

- 1996 : Zollunion zwischen der EU und der Türkei.
- 1999 : EU Helsinki - Gipfel: « **Türkei wird offizieller EU-Beitrittskandidat** ».
- 2004 : EU-Kommission beschließt, dass die Türkei hinreichend die Kopenhagener Kriterien erfüllt.
- 2004 : EU-Kommission entscheidet Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu starten.
- **2005** : **Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen am 3.Oktober.**
- 2008 : Der EU-Ministerrat verabschiedet die neue Beitrittspartnerschaft mit der Türkei am 18 Februar.
- 2008 : Das dritte Nationalprogramm der Türkei für die Übernahme des Acquis.

V.i.S.d.P:
TÜSIAD Berlin Office
Märkisches Ufer 28
10179 Berlin
berlinoffice@tusiad.org